

## AVH-Renten-Erhöhung

### Wo bleibt der Respekt der älteren Generation gegenüber?

Eine florierende Wirtschaft, politische Stabilität und sozialer Frieden sind die Eckpfeiler, die unseren Wohlstandsstaat seit 50 Jahren auszeichnen. Dies vor allem auch dank unserer fleissigen Eltern und Grosseltern, die die Grundlage dafür geschaffen haben. Angesichts der aktuellen Diskussion um eine minimale Erhöhung der AHV-Renten ist dieser soziale Frieden meines Erachtens in Gefahr. Ist das unseren zuständigen Politikern bewusst? Oder wollen sie sich dessen nicht bewusst sein? Jedenfalls finden sie alle (un)möglichen Argumente, um eine Nicht-Erhöhung der Renten zu rechtfertigen. Ob es bei den Lohnerhöhungen der Spitzenpolitiker und Amtsleiter auch solche Diskussionen gab? Oder blieben deren Löhne seit 2011 auch unverändert? Das Familienzulagen-Gesetz wurde 1985 erlassen und die entsprechende Verordnung dazu 1986. Im Jahre 2007 wurden die Geburtszulagen

und die Kinderzulagen nach dem Motto «Was kost' die Welt?» massiv erhöht und die Alleinerziehendenzulage kam neu dazu - alles zulasten der AHV-IV-FAK-Kasse. Auch Teilzeitarbeitende ab einem 2/3-Pensum ohne Wohnsitz in Liechtenstein sind anspruchsberechtigt auf die volle Höhe dieser Zulagen oder u.U. auf einen Differenzausgleich. Ich habe grundsätzlich weder etwas gegen hohe Familienzulagen noch gegen Bezüger im Ausland, die ja auch in die Kasse einbezahlt haben.

Wer aber diese «Grosszügigkeit» mit der «Diskriminierung» jener Menschen vergleicht, die unser Land durch Arbeit und Fleiss in den 40er-, 50er- und 60er-Jahren aufgebaut haben, und seit elf Jahren keine Rentenerhöhung mehr erhalten haben, muss merken, dass das sehr ungerecht ist. Dabei geht es nicht allein um's Geld, sondern insbesondere auch um den Respekt der älteren Generation gegenüber und die Würdigung ihrer Leistungen! Viele Senioren/-innen haben Mühe, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Gerade jetzt, da Öl-, Gas-, Getreide- und andere Preise in die Höhe schiessen! Der unsensible Umgang mit den ID- und Reisepassgebühren, die doppelt so viel kosten wie in der Schweiz und die für unseren Staatshaushalt überhaupt nicht von Relevanz sind, zeigt darü-

ber hinaus, dass unsere Spitzenpolitiker, die jährlich rund eine Viertel Million Franken an Lohn einkassieren, offenbar keine Ahnung haben, was es heisst, wenn ein Haushalt mit zum Beispiel 50 000 Franken pro Jahr auskommen muss. Für mich war das, obwohl nicht meiner Partei zu verdanken, Grund genug, die DpL-Initiative zur Abschaffung der Franchise zu unterzeichnen. Unser Staat hat genug Geld (2021 erneut 224 Millionen Franken Überschuss), um einen Teil in die AHV einfliessen zu lassen. Für alles andere hat man Geld, nur für jene nicht, die unserem Land und seinen Menschen massgeblich zum Wohlergehen verholfen haben.

Markus Meier,  
Eibenweg 5, Vaduz